

Bericht

des Ausschusses für Verfassung und Föderalismus

über den Bericht des Bundeskanzlers und der Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst an das Parlament zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2008 und zum 18-Monatsprogramm des Rates für 2007/2008 (III-339-BR/2008 d.B.)

Am 22. November 2004 wurde vom Ministerrat ein Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen, demzufolge jedes Mitglied der Bundesregierung dem Parlament einen Bericht zum jährlichen Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und zum Jahresprogramm des Rates für den jeweiligen Wirkungsbereich übermittelt.

Nummehr legen der Bundeskanzler und die Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst einen gemeinsamen Bericht über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Europäischen Kommission und des Rates in ihren Kompetenzbereichen vor.

Im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2008 und im 18-Monatsprogramm 2007/2008 des Rates werden folgende Themen angesprochen,

- Europäische Räte (inkl. Lissabon-Strategie)
- Vertrag von Lissabon
- Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben der Union
- Kohäsionspolitik
- Bessere Rechtsetzung
- Datenschutz
- Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten
- Informationsgesellschaft
- Medienangelegenheiten
- Sport

wobei teilweise die Zielsetzung, der aktuelle Stand zu den einzelnen Themen zum Zeitpunkt der Berichtslegung und die österreichische Position dargestellt werden.

Der Ausschuss für Verfassung und Föderalismus hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 15. April 2009 in Verhandlung genommen.

Berichterstatter im Ausschuss war Bundesrat Gottfried **Kneifel**.

An der Debatte beteiligten sich Bundesrat Jürgen **Weiss** und mit beratender Stimme Bundesrat Stefan **Schennach**.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, dem Bundesrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Bundesrat Gottfried **Kneifel** gewählt.

Der Ausschuss für Verfassung und Föderalismus stellt nach Beratung der Vorlage am 15. April 2009 den **Antrag**, den Bericht des Bundeskanzlers und der Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst an das Parlament zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2008 und zum 18-Monatsprogramm des Rates für 2007/2008 (III-339-BR/2008 d.B.) zur Kenntnis zu nehmen.

Wien, 2009 04 15

Gottfried Kneifel

Berichterstatter

Jürgen Weiss

Vorsitzender